

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterstaff in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro Lechgepaltene Nonparagelle 50 Pfg., 1/2 Zählstellen 30 Pfg.

Der Verbandstag deutscher Brotfabrikanten.

Die früheren Tagungen des Brotfabrikantenverbandes brachten ein sehr mageres Ergebnis für die Öffentlichkeit. Anders war es aber auf dem 18. Verbandstag vom 8. bis 10. September in Bad Pyrmont. Obwohl die alten Herren sich noch immer nicht in die neuen Verhältnisse hineinfinden können, so machte sich dort von der jüngeren Generation das Bestreben bemerkbar, die neuen Erscheinungen zu würdigen und sich ihnen anzupassen.

Wie nicht anders zu erwarten war, nahmen die Arbeitsgemeinschaft und die Tarifabschlüsse und Lohnbewegungen einen breiten Raum der Tagung ein. Der Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft wurde auch beschlossen. Bei der Behandlung der Frage über die Tarifabschlüsse stellte der Zweigverband „Nordde“ den Antrag, einen Reichstarif nach dem Muster des Buchdruckertarifes für die Bäcker zu schaffen. Der neu gewählte Vorsitzende, Herr Junge-Lübeck, fand aber bei seinen Mitgliedern keine Gegenliebe. Es wurde beschlossen: Von der Schaffung eines Reichstarifes einstweilen abzusehen, weil die Verhältnisse noch völlig ungeklärt sind. Der Vorstand wird beauftragt, die Angelegenheit im Auge zu behalten. Bei dieser Gelegenheit erklärte sich der Verbandstag auch gegen den Tarifabschluss für die Backmeister mit unserm Verbands.

Vom Zweigverband „Nordde“ wurde auch gewünscht, gegen die Mehllkontingentierung Stellung zu nehmen. Hierzu wurde folgender Beschluss gefasst: „Der Verbandstag erklärt sich grundsätzlich gegen die von den Verbänden der Bäckergehilfen geforderte Mehllkontingentierung. Er erwartet, daß die Unterverbände und Einzelmitglieder freiwillig keine entsprechenden Vereinbarungen treffen.“

Dieser Beschluss besagt gar nichts. Es war doch bisher schon so, daß niemals freiwillig von den Brotfabrikanten und in dieser Frage entgegengekommen wurde, sondern der Zwang zur Beschäftigung der Arbeiter von den Kommunalbehörden angeordnet worden ist. Es ist im übrigen auch nicht richtig, daß wir die Kontingentierung des Mehles für die Bäckereibetriebe fordern. Unsere Forderungen zielen darauf ab, daß in den Betrieben, welche ein bestimmtes Quantum Mehl verarbeiten, auch eine bestimmte Zahl von Arbeitern beschäftigt werden müssen. Der jetzige Zustand, daß in den Bäckereien größtenteils Lehrlinge beschäftigt werden, muß von uns so lange mit allen Mitteln bekämpft werden, bis endlich in den Unternehmungskreisen Vernunft Platz greift.

Wie sehr aber die Brotfabrikanten in alten Traditionen befangen sind, zeigt uns die von Herrn Joachim, Leipzig, begründete und einstimmig angenommene Resolution: „Der Verband deutscher Brotfabrikanten steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß durch das Nachbatterbot in seiner jetzigen Gestalt die zur Herstellung eines in jeder Beziehung einwandfreien Brotes notwendige Garführung beeinträchtigt wird und eine Abänderung nach dieser Richtung anzustreben ist.“

Uns berührt es sonderbar, daß von den Inhabern der Großbetriebe ein Vorstoß zur Durchlöcherung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien unternommen wird. Die Gründe, die von dieser Seite dagegen vorgetragen werden, sind so fadenförmig, daß sie nicht einmal bei den sozial rückständigen Kleinhandwerkern ansprechen. Herr Joachim versacht mit seinem alten Klepper, den er als Sachverständiger im Stadtparlament in Leipzig ritt, auf den Gesetzgeber einen Einfluß auszuüben, nach welchem die durch das Verbot der Nachtarbeit beeinträchtigte Garführung an der Erzeugung eines nicht in jeder Beziehung einwandfreien Brotes schuldtrage. Und diese leichte Begründung hören die übrigen Herren widerspruchlos an, die doch zum Teil Fachleute waren!

Es ist gut, daß die Brotfabrikanten aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen und aussprechen, was sie denken.

Wir sind somit in der Lage, um so wirksamer diesen reaktionären Bestrebungen entgegenzutreten. Oder glauben die Brotfabrikanten, daß sich die Bäckereiarbeiter jemals wieder in das Joeh der Nachtarbeit spannen lassen würden?

Der Ausfall gegen die Arbeiterschussbestimmungen vereinbart sich nicht mit dem Beschluß zum Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft. Wenn hier die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam wirken wollen, die wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu regeln, dann ist es ein Unbding, daß in demselben Moment gegen die sozialen Gesetze Sturm gelaufen wird. So werden sich diese Fragen nicht lösen lassen, sondern ganz bestimmt einen berechtigten Sturm der Entrüstung unter den Arbeitern hervorrufen. Die Zeitung des Brotfabrikantenverbandes mag sich dessen bewusst werden! Wenn es ihr Ernst ist, den Arbeitern zu geben, was diesen zusteht, dann darf sie nicht in den Fesseln des früheren Vorherrschenden weiterwandeln.

Streik der Dresdner Konditorgehilfen mit vollem Erfolg beendet.

Bereits im Juni hatten die Dresdner Kollegen, die fast alle organisiert sind, an die Konditoreninnung Forderungen gestellt. Obwohl die Dresdner Kollegen die am schlechtesten begahltesten aller in den Großstädten beschäftigten Kollegen waren, lehnte die Innung die Forderungen ab. Die Hartnäckigkeit der Meister ging so weit, daß sie auch den Schiedsspruch des Dresdner Schlichtungsausschusses nicht anerkannten. Damit war für die Dresdner Kollegen jeder friedliche Weg verschlossen, aber auch ihre lange Geduld war zu Ende, und sie beschloßen, am Sonnabend, den 11. Oktober, in den Streik zu treten, an dem sich 105 Kollegen beteiligten. Bereits am Montag fand eine Vorverhandlung statt, und in der Verhandlung am 14. Oktober haben sich die Meister gezwungen, die Forderungen anzuerkennen. Dies wohl um so mehr, als bis dahin 10 der größten Geschäfte bewilligt hatten. Am Mittwoch, den 16. Oktober früh, wurde die Arbeit, nachdem auf der ganzen Linie ein voller Sieg errungen war, wieder aufgenommen. Unsere Dresdner Kollegen haben den ersten Kampf prachtvoll bestanden, nicht einer wurde zum Streikbrecher. Die Notwendigkeit einer modernen Organisation wurde durch diesen von der Meisterschaft aufgedrungenen Kampf allen Kollegen zur vollen Gewißheit.

Der Erfolg der Bewegung liegt darin, daß die Löhne von M. 45 bis M. 70 (in Dresden selbst um 10 Pzt. mehr) auf M. 50 bis M. 100 als Grundlohn liegen, wozu aber noch eine laufende Feuerungszulage von 30 und 20 Pzt. für die Dresdner Betriebe (die Mehrzahl muß 30 Pzt. zahlen) und von 10 Pzt. für die andern Orte innerhalb des Bezirks der Kreisinnung kommt. Von den sonstigen Vereinbarungen ist hervorzuheben, daß die Ferien nach einjähriger Beschäftigung 6 Arbeitstage und nach zweijähriger 12 Arbeitstage betragen. Auch das Lehrlingswesen wurde geregelt; der Arbeitsnachweis wird durch die Gehilfen kontrolliert; in bezug auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde eine günstige Regelung getroffen. An der Bewegung war die christliche Organisation ebenfalls beteiligt. Die Dresdner Kollegenchaft ist durch diesen Streik sicher zu der Erkenntnis gekommen, daß nur eine starke, gut ausgebaute Organisation den heute notwendigen Apparat aufbringen kann, um wirkliche ernste Kämpfe gegen die getriebene Meisterschaft führen zu können.

Aus dem Bezirk Nürnberg.

Seit Ausbruch der Revolution nahmen unsere Kollegen vollen Anteil an der neuen Entwicklung der Arbeitsverhältnisse. Die erste politische Organisationsmaßnahme, dauernde Befreiung der Nacht- und Sonntagsarbeit und die achtschändige Arbeitszeit, brachte die Kollegenchaft zur Erkenntnis, daß jede Abneigung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung faule Laune war, und nicht selten waren die Kollegen, die dies zum Ausdruck brachten, sogar, die uns ebendem auf das Gehetz gewinnlüstiger Arbeitgeber am meisten bekämpft hatten.

Im Bezirk wurden nach Beendigung des Krieges nur noch Tarife vorgelesen mit der Lebluchindustrie in Nürnberg, den Bäckereimeistern in Regensburg und in den Genossenschaftsbetrieben. Was früher erkämpft war, war wieder auf Grund der wahnwitzigen blutgetränkten Zeitumstände verschwunden.

Der Tarifabschluß im Bäckergewerbe Nürnbergs und Fürths im Dezember 1918 war der Anfang und das Signal eines großen Lohnkampfes im Bezirk. Unsere Arbeitgeber hatten

jedoch ganz überhört, daß die Gloden eine neue Zeit angelündigt hatten, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß ein führendes Mitglied des Frankenverbandes erklären konnte: „Wir (die Bäckereimeister) dulden Euch (die Verbändler) nur und schließen auch einen Tarifvertrag ab; aber zwingen könnt Ihr uns nicht.“

Die Bewegung setzte nun so sprunghaft ein, daß sie fast nicht mehr bewältigt werden konnte. In allen Winkeln Nordbayerns und der Oberpfalz regte es sich in den Backstuben und Fabrikräumen. Neben der jungen Kollegenchaft kamen auch die Alten ins Bureau oder zum Vertrauensmann und holten den Aufnahmehelfer, oder sie lauften dem Versammlungsorte, um dann ihrer Arbeitspflicht gegenüber der Organisation zu genügen. Es war eine hohe Befriedigung für die langjährigen Pioniere der Organisation, die Früchte reifen zu sehen, die schon längst gestanden waren. Oft erführen wir, daß Kollegen und Kolleginnen monatelang nach einem Anschluß an die Organisation geseht hatten. Heute können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Zeiten vorüber sind, wo frohger Kaffengeist unter den Berufsangehörigen so manche Verwirrung hervorgerufen hat.

In B a r g e r g e folgten den Kollegen von Nürnberg und Fürth die von Hof, Nailo, Mühlberg, Selb, dann von Regensburg, Amberg, Bamberg, Würzburg, Schweinfurt, Kulmbach, Bayreuth, Schwabach und vielen Orten, die als Sektionen den großen Zahlstellen angegliedert waren.

In der Fabrikbranche kamen fast die gleichen Orte in Bewegung und noch dazu Hainberheim, Rillingen und Kronach. Auch die Konditoren regten sich. Die Nürnberger waren die ersten, die geschlossen als Verein in unsere Organisation eingetreten sind. In Würzburg glaubten noch 4 Ausenleiter, daß Hell bei den „Christlichen“ zu finden, während die Kollegen in Nürnberg und Fürth, die zuerst dem „Magdeburger“ angehörten, auch geschlossen zu uns übertraten und noch andere Kollegen aus der Umgebung, wie Erlangen usw., davon überzeugten, wo sie ihre beste Interessenvertretung finden.

Zu den Bewegungen in der Bäckerei, der Konditorei und der Süß- und Teigwarenindustrie kamen noch die langwierigen Verhandlungen mit den einzelnen Betrieben in Zivilbetriebe. Auch die Überführung der Betriebe in Zivilbetriebe. Auch die Abschließung der Tarifverträge für solche Betriebe verursachte Berge von Schwierigkeiten; denn die Herren verstehen immer noch nicht, daß die alte Militärpatronatswirtschaft zu Ende und daß für 88 % kein Bäckergehilfe mehr zu haben ist.

Neben diesen Betrieben begründeten auch verschiedene Genossenschaftsverwaltungen ein ziemliches Stück Arbeit, um sie zu bewegen, die ihnen seitens des Tarifamtes auferlegten Pflichten zu erfüllen oder auch, sich drückenden Verbesserungen anzuschließen. Man fand hier manchmal einen Geist, den man früher nicht einmal bei dem schimpflichsten „Kramer“ beobachten konnte.

In allgemeinen wollten die Groß- und Kleinunternehmer immer unsere Forderungen nur dann anerkennen, wenn sie durch Erhöhung ihrer Produkte für sich den Löwenanteil in die Tasche stecken konnten; den kleineren Anteil wollte man gnädig der Arbeiterschaft überlassen und schließlich aus Mangel an Rohmaterial noch zu Entlassungen schreiten.

Dieser Plan wurde von unserer Kollegenchaft aber durchschaut, und man erklärte dem Unternehmertum, insbesondere den Bäckereimeistern, daß wir uns als Vorposten zur Fällung ihres Selbsts nicht beugen lassen. Wir verlangen einen Lohn, der unsere Existenz einigermaßen sichert; wenn die Herren Arbeitgeber nicht in der Lage sein sollten, dies zu geben, dann mögen ihrerseits die Wege beschritten werden, die ihnen als die richtigsten erscheinen. Wir stehen dann nicht hindernd im Wege, werden aber auch nicht übermäßige Forderungen an die Konsumenten richten lassen.

Nicht selten mußte auch nach zwei Fronten der Kampf aufgenommen werden; die Bäckereimeister, die Kommunalverband. In Regensburg und Stadlamhof wurden die Bäckereimeister von den Kommunalverbänden angefaßt, den gefälligen Schiedsspruch abzulehnen und Protest bei der Regierung und Demobilisierungsstelle einzulegen, angeblich wegen der Zusammenfassung des Schlichtungsausschusses. Die Rechnung wurde aber ohne unsere Kollegen gemacht; denn diese bestanden auf ihrem Recht, und so war man gehalten, weitere Verhandlungen einzuleiten, die auch zu dem Ergebnis führten: 1. die Bäckereimeister verzichteten auf ihren eingereichten Protest und 2. geben sie dem gefälligen Schiedsspruch ihre Zustimmung. Die beiden Kommunalverbände waren dagegen gehalten, 5 Wochen lang an jeden Bäckergehilfen M. 80 Bohnen zu zahlen.

Ein weiteres Kampffeld hielten die Fachauschüsse. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß eine Reihe Kollegen diesen neuen Kampfgebieten noch zu wenig Bedeutung beigemessen. Diese Ausschüsse dürfen nicht als ein Rechtsinstitut aufgefaßt werden; denn wie die Verordnung vom 2. Dezember 1918 zum Ausdruck bringt, sind sie nur eine Formmaschine, mit der man weiter nichts anfangen kann, wenn von der andern Seite ein borniertes

Widerstand entgegengelegt wird. Man muß also versuchen, genau wie früher, wo die Tarifverträge nicht zur Beschäftigung erhoben werden konnten, auch in diesen Ausnahmefällen mit den Kampfmitteln der Gewerkschaften zu seinem Rechte zu kommen. Wenn es auch diese kleinen Kommunalverbände ohne kommunistische Hilfe oder Unterstützung an anderen Orten noch zum Durchbruch verhilft, weil die Hindernisse der (spitzbürglichen) Stadt- und Gemeinderäte zu groß, die Wählermeister zu widerständig und die Kollegen zu gleichgültig sind, so sind dennoch dort, wo zugegriffen wurde, schöne Erfolge erzielt worden. Die Organisierung ist ununterbrochen im Gange durch die Hausausläufe in 6 Kommunalverbänden durchgeführt, und es wurden dadurch 114 Arbeitskräfte untergebracht. Die Internationalisierung wurde in 2 Orten durchgeführt und 19 Kollegen dadurch in Arbeit gebracht. In 2 Kommunalverbänden wurden Gehälter und dann nicht entlohten sind, wenn die Internationalisierung unter das festgesetzte Quantum zurückgeht. In 4 Kommunalverbänden wird für Lehrlinge kein Diebstahlsverweigerter. In 2 Kommunalverbänden führen so lange keine Beiträge ein, wie die Verhältnis der Arbeitslosen nicht ausreicht. In 2 Kommunalverbänden ist die Regelung der Arbeitsvermittlung durch die Hausausläufe erfolgt, und ohne diese kann nicht gemacht werden. In 1 Kommunalverband sind die in unterer Deckschicht im Februar dieses Jahres aufgestellten Grundsätze über Lehrlingswesen fast vollständig erfüllt.

Aus all diesem ist zu entnehmen, daß hier ein großes Betätigungsfeld vorhanden ist, das für die Organisation von außerordentlichem Vorteil werden kann, wenn auch manche Schwierigkeiten erst zu überwinden sind. Wir wollen natürlich, daß gerade hier die Wählermeister und den schwersten Stein in den Weg legen, was uns aber an Fortschritten nicht hindern kann, wenn die Kollegenschaft und die Beauftragten, getragen von Vertrauen der Mitglieder, in diesen Ausschüssen sich ihrer Aufgabe bewußt sind.

Die Kollegenschaft von Nordbayern hat bisher ihre Aufgabe nicht erfüllt; es ist auch der Weg gezeigt, den wir weitergehen müssen.

Die Verhandlungsfähigkeit innerhalb des Münchener Bezirkes im 3. Quartal

war eine außerordentlich rege. Bei den Wählern gelang es zunächst für die Beschäftigten im Lebensmittelbereich in Karlsruhe und im Konsum-Bereich in Pforzheim eine Verbesserung der Lohn- u. M. 10 bis 13 herauszuholen. Mit besonderer Leichtigkeit in der Lohnfrage wurde ein in jeder Beziehung günstiger Tarif, als es der allgemeine Tarifstand ist, erreicht. Bei der Brotfabrik Sprengel in Heidenheim konnten die Löhne auf M. 110 pro Woche erhöht werden.

In den Städten Mannheim, Heidelberg, Pforzheim und Karlsruhe wurde für die bei den Baumgewerkschaften beschäftigten Kollegen eine vordringliche Lohnverbesserung von M. 20 erzielt. Die Wochenlöhne betragen nunmehr in Mannheim und Karlsruhe M. 85 bis 90, in Heidelberg und Pforzheim M. 80 bis 85 in den Kleinbetrieben.

Belandbar ist es vor allem die Fortschritte, die in der Pfalz erreicht werden konnten. Bisher war dort die Organisationsfähigkeit durch die Besatzungsverhältnisse wesentlich eingeschränkt; jedoch hier erleichterten die von uns sofort nach Kriegsende erzielten, die schonen Erfolge zeitig. So wurde für unsere in der Französischen Militärkaserne in Landau beschäftigten Kollegen auf unsere Forderung hin der Wochenlohn von M. 3 bis M. 4 erhöht. In der Straßenbahn in Reichardt in Kaiserslautern wurde die bisher übliche Überarbeit beseitigt und ein Wochenlohn von M. 85 bis M. 90 vereinbart. In Frankenthal, wo wir mit der Fabrik schon in vorzeitigen im Vertragsverhältnis standen, konnte dasselbe unter zeitweiser Nebenarbeit erreicht werden. Die Lohnverbesserung, die dadurch die beteiligten Kollegen erhielten, beträgt durchschnittlich M. 10 bis M. 20 pro Woche.

Der Reichstaxi-Verdicht der Eisenwarenindustrie konnte in verschiedenen Bezirken bei Gruber & Co. in Mannheim und bei Dr. Hofmann in Nuerbach a. B. Bergstraße zur Anwendung gebracht werden. Dadurch erhielten die Beschäftigten nicht nur eine außerordentlich gute Erhöhung ihrer Löhne, sondern es wurden ihnen auch ganz außerordentlich hohe Nachschüsse durch die Anwesenheit der Arbeiterinnen im Reich nicht gelungen, auch in der Reichsfabrik von Saarberg bei Reichart zur Anwendung zu bringen; weil hier bei den Beschäftigten in der langen Zeit, die sie der Organisation angehören, nur sehr selten die zweite Lohnzahlung erhalten. Mit den Eisenwarenfabriken der Pfalz sind die Verhandlungen wegen der Anerkennung des Reichstarifes noch nicht zum Abschluß gelangt.

Ein weiteres Beispiel ist in der Reichsfabrik die Leinwandindustrie. Die Beschäftigten dieser Industrie sind in der Reichsfabrik, ausschließlich des besetzten Gebietes, den fast ausschließlich bei uns organisiert. Bei den einzelnen Betrieben ist die Organisation weitgehend. Es wird notwendig sein, daß die Organisationsfähigkeit bei den zahlreichen Reichsfabriken in der Pfalz dazu führt, daß eine Stilllegung der Betriebe in dem bisherigen Umfang durch bessere Organisation aller Anlagen vermieden werden.

Auch in Saarbrücken, das ja leider dem Reichstaxi bisher noch verschlossen blieb, haben die Kollegen sehr gute Arbeit geleistet und unsere Sache in jeder Beziehung weiter gebracht.

Ein besonders Augenmerk mußte in letzter Zeit der Beibehaltung der Erwerbsruhe und des Nachschubverhältnisses gewendet werden. In den verschiedensten Betrieben verschafften einige profitablere Wählermeister, den oben schon erwähnten Gewerkschaften, um anzuleben zu lassen. Es wundert in dieser Beziehung eine ganze Anzahl Kollegen, daß der Gewerkschaftsausschuß und Gewerkschaften genaue Angaben bezüglich der Unterstützung verlangen, daß man über andere von Regierungen durch die Schulden die Möglichkeit der Erwerbsruhe der Betriebe durch die Hausausläufe zu unterbinden versucht. Nach in den Hausausläufen gab es in den letzten drei Monaten teilweise sehr lebhaften Tätigkeit. In Karlsruhe und in Pforzheim wurde die Unterstützung über die Hauptvereine erzielt, als im letzten Moment Ober-

meister Gattner die ganze Sache umzustimmen versuchte. Dort ist nunmehr das ganze Material dem Demobilisierungskommissar unterbreitet worden. In Pforzheim ist es zu offenen Diskussionen dadurch gekommen, daß man von Seiten der Stadtverwaltung durch Gemeindefürsorge, Vorliegender der Wählermeistervereine, zum unparteiischen Vorsitzenden des Hausausläufe beauftragte, und Herr Wagner selbstverständlich sich lediglich als Anwalt der Meister betrachtete.

So herrschte in den letzten drei Monaten reges, freies, unparteiisches Leben im allen Orten des Bezirkes. Hoffen wir, daß auch die zurzeit sich abspielende Lohnbewegungen in der Konfektion, Wäberei- und Textilbranche ein glänzendes Ergebnis zeitigen und daß aus dem Besonderen ein allgemeines Warenindustrie wieder volle Beschäftigung bringen möge. Die Förderung der Warenindustrie mit dieser steht nach den Verhandlungen mit den Reichsstellen in der zweiten Hälfte des Oktober in bestimmter Aussicht. D. N.)

Erfolg des Berliner Hausausläufe.

Im Frühjahr schon hatte der Berliner Hausausläufe einen Vorstoß gegen die im Preise übermäßig angeschwollene Lehrlingshaltung unternommen. Durch diese war es den Kriegsteilnehmern sehr erschwert, Arbeit zu erhalten. Der Mangel an Rohmaterial steigerte diese Gefahr noch mehr. Der Hausausläufe hat deshalb entschlossen auf eine Einschränkung der Lehrlingszahl geordnet. Die Handwerkskammer hat die schwerwiegenden Gründe anerkannt und veröffentlicht jetzt endlich das Ergebnis der gemeinsamen Verhandlungen in nachfolgendem Beschluß:

Dritter Nachtrag zu § 3 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens.

Zur Hintanhaltung der infolge der Wücklungen des Krieges entstandenen Schädigung des Handwerks werden auf Grund von § 180 der Reichsgewerbeordnung für das Wäberei-, Konfektions- und Pfefferküchlergewerbe im Handwerkskammerbezirk Berlin folgende Bestimmungen erlassen:

1. Wäbereien, Konfektions- und Pfefferküchlerereien ohne gepufften Gehäusen dürfen nicht mehr als einen Lehrling halten. Nur Betriebe, in denen gepuffte Gehäusen dauernd beschäftigt werden, dürfen zwei Lehrlinge halten. Mehr als zwei Lehrlinge dürfen in keinem Betriebe gehalten werden.

2. Betriebe, die gegenwärtig mehr als zwei Lehrlinge halten, ferner Meister ohne Gehäusen, die zurzeit mehr als einen Lehrling halten, haben diese über die nach 1 zulässige Zahl gehaltenen Lehrlinge namentlich unter gleichzeitiger Angabe der Adressen der Eltern oder gesetzlichen Vertreter der zuständigen Jugend- und Fortbildung der Lehrlinge keiner Zustimmung angeht, der Handwerkskammer zu Berlin bis zum 1. November 1919 zu erlangen zu machen. Zweite Lehrlinge sind durch Vermittlung der Jugend- und Handwerkskammer, soweit als möglich, denjenigen Betrieben zur weiteren Ausbildung zuzumessen, die innerhalb der unter 1. genannten Grenzen Bedarf an Lehrlingen haben.

3. Neue Lehrlinge dürfen den eingangs genannten Gewerben bis auf weiteres nicht zugeführt werden, bevor die aus anderen Betrieben abgegebenen Lehrlinge untergebracht sind.

Zur Vermeidung von vertikalen Werten kann die Handwerkskammer zu Berlin auf Antrag der Beteiligten und nach Gehör der zuständigen Hausausläufe (R. D. vom 2. Dezember 1918 R.-G. Bl. S. 1397) Ausnahmen bewilligen.

Der Minister für Handel und Gewerbe. Berlin W, 23. Sept. 1919. N.-Nr. IV. 5994.

Betrifft: Lehrlingshaltung der Wäderei, Konfektions- und Pfefferküchler.
Der von der hiesigen Handwerkskammer vorgelegte Nachtrag zu § 3 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens wird genehmigt mit der Bestimmung, daß der Nachtrag bis zum 1. April 1921 Gültigkeit hat.
J. A.: (Unterschrift).

Es ist Sache unserer Vertreter im Hausausläufe, der Bestimmung auch Geltung zu verschaffen. Es ist so notwendig, den Kern der neuen Bestimmungen zu verstehen, wie es der Handwerkskammer will, nur als Vorübergehende, sondern zu dauernder das Gewerbe der Wücklungen entgegenzutreten Einrichtung auszubauen.

Allen unseren Stellvertreterungen, Hausausläufen und Lehrlingsprüfungskommissionen wird dieser Fortschritt ein Ansporn sein, weiter mit Energie und Ausdauer an der Verbesserung des äußerst reformbedürftigen Lehrlingswesens zu arbeiten.

Nachträge zum Schiffahrt in Hannover.

Kollege Koller, Vorsitzender des Kasseler Schiffervereins, sendet uns zu den Berichten, die der Magdeburger Verband in der Reichspressen über den Verlauf des Schiffahrtentages gebracht hat, nachstehende Zeilen:

Der von Herrn Meier, Magdeburg, hierüber gegebene kurze Bericht enthält Unwahrheiten, die im Allgemeininteresse einer Berichtigung bedürfen. Als zweiter Protokollführer habe ich die Ausführungen der einzelnen Disziplinäreiner geprüft und bin in der Lage, ein klares Bild von der Lage zu geben. Ich behaupte, daß Herr Meier die in Hannover bezugliche Objektivität in der Presse vermissen läßt. Überwindung und Unwissenheit sind jedenfalls keine Mittel, um zu überzeugen.

Die Behauptung, die Kanonen des Reichsverbandes seien gekommen, um die Lage zu forcieren, ist ein Protest, aber keineswegs für die Verantwortung der Magdeburger. Nicht als Beobachter und Störenfriede haben sie sich gezeigt, sondern als sachliche, unparteiische Kollegen, welche auf Grund ihrer Überzeugung und Erfahrungen in Hannover Erprobung für die Sache der Schiffer zu leisten und sie durch unmissverständliche Beweise und Tatsachen vor der allein wirksamen Interessenvertretung zu überzeugen. Wenn das nicht gelungen ist, so liegt die Schuld nicht auf dieser Seite, sondern auf jener, die sich über Beobachtet und mißtrauisch Vorbehalten verhalten, die einer Unterstützung nach dieser Seite langweilig sind, die Neben-

gehungskraft, die aus Tassachen schließt, fürchtet. Es hätte dazu nur seiner Gewerkschaftsbeamten bedurft; denn der Reichsverband zählt genügend intelligente Kollegen in seinen Reihen, die ihrer Überzeugung wegen den Ausbau zu stehen vermögen. Leider müßten wegen der Wücklungen der einzelnen Punkte nicht gestärkt und daher diesen Zweck nur zum Teil erfüllte, alle Kollegen ihre Ausführungen sehr beschränken, ja ganz darauf verzichten.

Die zweite Behauptung, der Reichsverband habe in der Nachfrage über das Thema Sozialisierung kein Interesse, daß er jetzt die Sozialisierung unseres Gewerkschafts, ist eine Schlußfolgerung, die jeder Begründung entbehrt. Als schlichter Mann wird auch Herr Meier zu geben müssen, daß wohl alle Diskussionen für die Schaffung des Handwerks eingeleitet sind, zum mindesten aber eine Sozialisierung desselben als nicht sprechbar bezeichnet; alle waren ausgeproben, Gegner einer Sozialisierung der Konfektion. Wenn die Reichsverband in der Resolution des Wort Handwerk durch Konfektion ersetzt wissen wollten, so deshalb, weil sie sich gegen andere Verhältnisse Urteil erlauben können. Als Konfektion sind wir hierzu nur für unsern Beruf fähig und berechtigt. Daß dies die richtige Auffassung ist, beweist ja auch die einstimmige Abstimmung in diesem Sinne. Es wurde ferner noch betont, daß eine Entscheidung in so wichtiger Sache nicht ohne Zustimmung der Gewerkschaften erfolgen könne, weshalb es auch für die Konfektion notwendig sei, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um gegebenenfalls eine geeignete Stimme gegen die Sozialisierung unseres Gewerkschafts in die Waagschale werfen zu können. Eine vom Magdeburger Verband noch so schön oder geschmeichelt abgegebene Resolution dürfte an maßgebender Stelle wahrheitsgemäß wenig Beachtung finden.

Bei der dritten Behauptung, die Konfektion seien von dem Magdeburger Verband als beste Interessenvertretung überzeugt gewesen, dürfte wohl mehr der Wunsch der Wäderei des Gedankens gewesen sein, und daß seine Vermittlung der Personen im Bezug auf Ausstellungen schon begreiflich. Wohl mußte sich ein Vertreter der christlichen Gewerkschaft (Eisen) veranlassen, auf die Minderheiten des Magdeburger Verbandes hinzuweisen und ihm Wäderei, Wägerei und Geblühen zu hinzusetzen — hauptsächlich, um durch Überzeugung zu versuchen, was mangels Überzeugender Beweise nicht möglich —, die Aufforderung aber, den Magdeburger Verband beizutreten, kam von Herrn Brenne, Vorstandmitglied des Magdeburger Verbandes, als Antwort auf die Anfrage, ob die Delegierten am folgenden Verhandlungsausschuß Zutritt hätten.

Soweit die Berichtigung der Meierischen Darstellungen durch unsern Kollegen Koller, Kasseler, letzterer habe im Ausschluß daran eine noch recht lange Verhandlung — mindestens zwei Epochen in Anspruch nehmend — darüber gebracht, was er gern in Hannover noch gesagt haben würde, wenn ihm dort nicht durch Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten worden wäre. Er geht noch einmal auf die Geschichte der Konfektionsbewegung im Allgemeinen ein, begründet den Standpunkt, den die Führer der früheren Sonderverbände eingenommen haben, ihre aufopfernde Tätigkeit für ihre Organisation und verteidigt schließlich energisch seine Überzeugung, daß nunmehr die Konfektion sich zu ihrem eigenen Nutzen endlich dem Reichsverbande anschließen haben, da nur dieser dem heutigen gut organisierten Unternehmertum gegenüber eine Macht darstellt. Nicht einverstanden ist Kollege Koller mit der Stellungnahme des Reichsverbandes zu der Frage über Sonntagarbeit in der Konfektion. Wir können diese Ausführungen der Länge halber, wie gesagt, leider nicht bringen; soweit sie sich kritisch gegenständlich oder prinzipielle Plagen des Reichsverbandes wenden, wird Kollege Koller bei späteren Gelegenheiten auch ausführlich seine Ansichten verteidigen können; sonst ist Meiers Gesichtspunkt über Hannover getroffen, wird es jedenfalls zweifellos sein, daß Koller seine Richtige Stellung vor allem denjenigen Reichsblättern zugehen läßt, die den Meierischen Phantasien Raum gewähren.

Heber die 65. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Schuhfabrikanten.

die kürzlich in Dresden abgehalten wurde, finden sich in der Tagespresse nachstehenden offiziellen Bericht: Die Versammlung, die aus allen Teilen des Reiches, insbesondere auch aus dem besetzten Rheinland, zahlreich besucht war, wurde vom Reichsverband, Kommerzienrat Stollwerck, Köln, geleitet. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, war die Tätigkeit des Verbandes im verflossenen Jahre eine außerordentlich rege. Zur Frage der Zulieferung wurden die Ausfahrten für das kommende Jahr als sehr ungünstig bezeichnet. Voraussichtlich wird die Zulieferung mit Zulandszug der höchsten 12½ p. H. der Friedenszulieferung betragen. Eine große Schuld hieran trägt der Rückgang des Rübenanbaues während des Krieges, der nur durch erhöhte Preise wieder gefördert werden kann. Der Verband wird es sich angelegen sein lassen, für die Industrie, vor allem mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiter möglichst voll beschäftigt werden sollen, außer aus dem Ausland zu kaufen. Gegen die Ueberbeherrschung Deutschlands mit ausländischen Fertigfabrikaten der Schuhfabrikindustrie werden seitens der Schuhfabrikanten in Uebereinstimmung mit dem Verbandsenergetische Kontrollmaßnahmen getroffen werden. Zu dem Entwurf des Umsatzsteuergesetzes forderte der Verband in Anbetracht des Umfanges, daß Rüben und Kartoffeln bei dem Mangel an volkreftigen Rohstoffen bereits heute in erhöhtem Maße wirtschaftliche Wertgegenstände sind, daß die Erzeugnisse dieser Industrie unzulässig als Zugabeartikel betrachtet werden können. Der Verband muß ferner Stellung gegen den nachgehenden Entwurf eines Reichsverbandes und fordert, daß bei der Beratung des Reichsverbandes die Tätigkeit der Industrie in zweifelndem Maße zugegenen werden. Ferner wurde beschlossen, daß die Rüben, die Rübenpflanzen sein sollen, der Schuhfabrikanten Mittelung werden, damit diese die Rüben der Unterstellung auf den Reichsverband von den Rohstoffen der Schuhfabrikanten

Beziehungen zu den... die sehr große Bedeutung... worauf die anwesenden Mitglieder in die Debatte eintraten.

Roaditionen.

Stettin. In einer sehr gut besuchten Sektionsversammlung der Roaditionen wurde die Beschäftigungsfrage erörtert.

Am 6. Oktober hatte Herr Dr. Schmidt eine Versammlung der Beschäftigten stattgefunden. Es sind zurzeit 14 Beschäftigte am Werk, 12 waren unserer Seite gefolgt.

Die Befreiung der Roaditionen mit Rücksicht auf Stettin immer noch eine ungelöste Frage, trotz aller Anstrengungen der Sektion.

Als geschriebene Organisationen.

Die Schriften im Jahre 1918. Nach dem in Nr. 30 des Zentralblattes erschienenen Bericht über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften gab die christliche Lagerungs- und Gewerkschafts-Verbandsverwaltung am Jahresabschluss 1918 230 Mitglieder, davon 83 weibliche in 8 Ortsgruppen.

Gewerkschaftliche Kundgebungen.

Aktivität des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Am 2. bis 4. Oktober hat in Amsterdam eine Sitzung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefunden.

kongress erfüllt und hat die dem Internationalen Bund angeschlossenen Gewerkschaften aufgefordert, Vertreter zu entsenden.

Für die Zwecke des Amsterdamer Bureau soll ein Haus angekauft werden. Vom 1. Januar ab soll ein Bulletin in französischer, englischer, deutscher und spanischer Sprache herausgegeben werden.

Die Argentinischen Gewerkschaften wurden in den Internationalen Bund aufgenommen; die beiden anwesenden Vertreter Argentiniens wurden ermahnt, auf den Anschluss der Gewerkschaften der übrigen Länder Südamerikas hinzuwirken.

Internationales.

Die Amsterdamer Bäcker waren in den Streik eingetreten. Ihre Forderung war 33 Gulden Wochenlohn und eine wöchentliche Arbeitszeit von 46 Stunden.

Wirtschaftliche Kundgebungen.

Ueber die Wirkung der Frühjahrsprämien und die Lage auf dem inneren Getreidemarkt entnehmen wir dem Berliner Tageblatt nachstehende Ausführungen:

Am 1. September ist von der Regierung mit der Absicht, die Getreideerzeugnisse zu heben, wieder eine Frühjahrsprämie für Brotgetreide bewilligt worden. Sie beträgt bis zum 30. September 150 und vom 1. bis 15. Oktober 75 Brodtonnen.

Gingegangene Kühe und Schiffe.

Was ist Klassenkampf? Diese Frage beantwortet in eingehenden Darlegungen in der 'Neuen Zeit' der jehige amerikanische Staatsanwalt George Karl Bremer.

besen Kapitalbesitzeren wir nennen: 'Berechnungen über die Natur des Klassenkampfes'. I. Der unmittelbare oder Monomische Klassenkampf: 1. gegen das Industriekapital, 2. gegen das Handelskapital, 3. gegen das Finanzkapital, 4. gegen das Grundbesitzkapital, 5. der Monomische Gesamtkampf.

Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter. Heft 70 A. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, Lindenstr. 114.

Die chronische Darmstauung, das Grundbel des Rattarmenschens, ihr Einfluss auf alle Körperfunktionen und ihre Heilung. Von Dr. med. Pacykowski. 13. Auflage. 80 A. Verlagsbuchhandlung Edmund Demme, Leipzig.

Spätestens am 25. Oktober ist der 44. Heftbeitrag für 1919 (26. Oktober bis 1. November) fällig.

Versammlungs-Anzeiger

- Donnerstag, 24. Oktober: Berlin, bei Köpcke, Mühlentstraße (hintern Hof). 8 Uhr. 'Alldeutsche Arbeiter'.
- Freitag, 25. Oktober: Berlin, bei Köpcke, Mühlentstraße (hintern Hof). 8 Uhr. 'Alldeutsche Arbeiter'.
- Sonntag, 27. Oktober: Berlin, bei Köpcke, Mühlentstraße (hintern Hof). 8 Uhr. 'Alldeutsche Arbeiter'.

Anzeigen

Wiedemann. Am 11. Oktober (nach und nach) längerer Krankheit unser treuer Mitglied.

Kuchenerntisch. In ganz Deutschland beliebtes Mittel zum Streichen der Porzellan- und Bleche. 1 kg A. 7,50, von 5 kg an A. 7,-.